

ÖSTERREICH

Unter dem Einfluss expandierender Exportmärkte, wachsenden Vertrauens und allgemein günstiger Finanzierungsbedingungen gewinnt die Erholung an Dynamik. Der private Verbrauch wird auf kurze Sicht verhalten bleiben, dürfte sich dann aber dank eines stärkeren Beschäftigungswachstums und realer Einkommenszuwächse beleben.

Die Haushaltskonsolidierung verläuft weitgehend zielkonform, und das Wirken der automatischen Stabilisatoren sollte entlang dem Pfad der geplanten strukturellen Verbesserung ungehindert zugelassen werden. Bei weiteren Konsolidierungsanstrengungen sollte das Hauptaugenmerk auf einer Eindämmung der Ausgaben liegen, vor allem für Frühverrentungen. Die Beseitigung von Hindernissen für die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte, die Abschaffung noch verbleibender Frühverrentungsmöglichkeiten und eine direktere Berücksichtigung der Entwicklung der Lebenserwartung bei der Berechnung der Rentenansprüche würden zu einem Anstieg des Arbeitsangebots und des Wachstums beitragen.

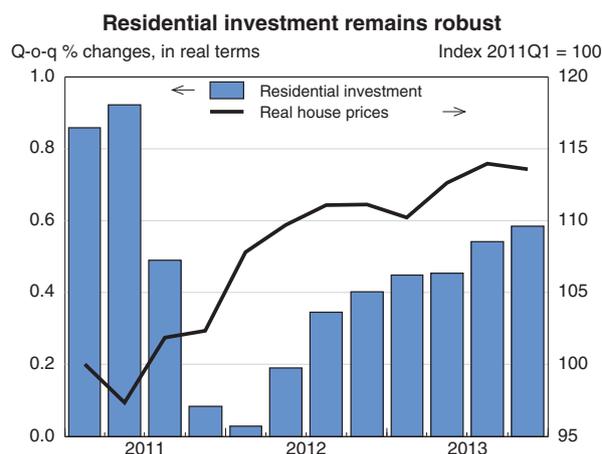
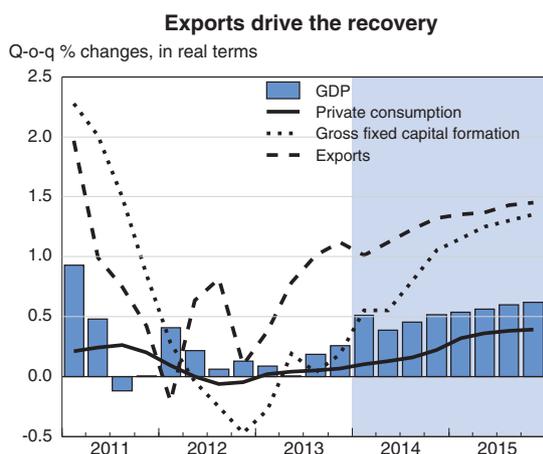
Die Wirtschaft expandiert langsam

Beim Geschäfts- und beim Konsumklima ist seit Mitte 2013 eine langsame tendenzielle Verbesserung im Vergleich zu dem zuvor gedrückten Niveau zu beobachten. Die Wohnungsbauinvestitionen haben dank der steigenden Wohnimmobilienpreise und des milden Winterwetters kräftig expandiert. Die Ausrüstungsinvestitionen, die in den vergangenen zwei Jahren rückläufig waren, beginnen sich zu erholen, da die Unternehmen allmählich die notwendigen Ersatzinvestitionen vornehmen und die Exporttätigkeit sich belebt. Das Wachstum des privaten Verbrauchs ist jedoch nach wie vor schwach.

Die Haushaltskonsolidierung wird mit angemessenem Tempo fortgesetzt

Infolge eines starken Wachstums der Staatseinnahmen und einmaliger Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen ist das Haushaltsdefizit 2013 gesunken. In den Projektionen wird davon ausgegangen, dass die Vermögenstransfers und die Haftungsübernahme im Zusammenhang mit der jüngst beschlossenen Schaffung einer Einrichtung zur Abwicklung problematischer Bankenaktiva 2014 zu einem Anstieg des nominalen Defizits um 1% des BIP und der öffentlichen Verschuldung um 5% des BIP führen werden. Für andere (teil-)nationalisierte Banken könnten weitere öffentliche

Austria



Source: OECD Economic Outlook 95 database; and OECD house prices database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933049344>

Austria: Demand, output and prices

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2005 prices)				
GDP at market prices*	285.3	2.9	0.7	0.4	1.5	2.1
Private consumption	156.7	1.1	0.4	0.0	0.4	1.2
Government consumption	55.6	0.4	-0.3	0.3	0.9	0.7
Gross fixed capital formation	57.8	7.3	1.9	-0.6	1.8	4.5
Final domestic demand	270.1	2.3	0.6	-0.1	0.8	1.8
Stockbuilding ¹	3.1	-0.5	-0.5	-0.3	0.0	0.0
Total domestic demand	273.3	2.6	-0.1	-0.4	1.2	1.8
Exports of goods and services	154.6	6.8	1.6	2.4	4.4	5.5
Imports of goods and services	142.6	7.5	0.0	0.9	3.3	5.2
Net exports ¹	12.0	0.0	1.0	0.9	0.8	0.4
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	2.0	1.8	1.5	1.2	1.5
Harmonised index of consumer prices	–	3.6	2.6	2.1	1.4	1.6
Private consumption deflator	–	3.4	2.6	2.2	1.4	1.7
Unemployment rate ²	–	4.2	4.4	5.0	5.0	4.6
Household saving ratio, net ³	–	6.7	7.4	6.6	6.7	6.9
General government financial balance ⁴	–	-2.4	-2.6	-1.5	-2.8	-1.3
General government gross debt ⁵	–	80.6	86.0	83.4	90.0	89.5
General government debt, Maastricht definition ⁴	–	73.0	74.5	74.6	81.2	80.7
Current account balance ⁴	–	1.6	2.4	2.7	2.9	3.0

* Based on seasonal and working-day adjusted quarterly data; may differ from official non-working-day adjusted annual data.

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Based on Labour Force Survey data.

3. As a percentage of disposable income.

4. As a percentage of GDP.

5. As a percentage of GDP at market value.

Source: OECD Economic Outlook 95 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933051016>

Finanztransfers notwendig sein. Ein vor kurzem verabschiedetes Steuerpaket, das einen Abbau von Steuervergünstigungen sowie Anhebungen indirekter Steuern umfasst, wird dazu beitragen, dass die Haushaltsentwicklung weiter einem Pfad der strukturellen Konsolidierung folgen kann, und die zusätzlichen Ausgaben für Familienleistungen, Renten, sonstige Konjunkturmaßnahmen und Schuldendienstzahlungen zumindest teilweise ausgleichen.

**Im Zuge der Erholung
wird sich die Binnen-
nachfrage ausweiten**

Die Exportnachfrage dürfte sich im Zuge der Konjunkturaufhellung im Euroraum sowie bei anderen Handelspartnern beleben. Das Kreditwachstum ist weiterhin schwach, ein gestärktes Vertrauen, fortgesetzte geldpolitische Impulse für den Euroraum und hohe Barreserven im Unternehmenssektor werden jedoch zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit führen. Die Inflation, die deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums liegt (was u.a. Anfang 2014 erfolgten Verbrauchsteuererhöhungen zuzuschreiben ist), wird den Projektionen zufolge im Jahresverlauf 2014 nachgeben und so Realeinkommenszuwächse ermöglichen. Der Arbeitsmarkt wird 2014 schwach bleiben, was das Wachstum

der Einkommen der privaten Haushalte bremsen dürfte. Wenn sich die Erholung dann jedoch beschleunigt, dürfte ein stärkerer Arbeitsmarkt ab Ende 2014 den Weg für ein höheres Verbrauchswachstum ebnen.

**Die Risiken halten sich
die Waage**

Zu einer ungünstigeren Entwicklung könnte es wegen der Ereignisse in der Ukraine kommen, die Auswirkungen auf andere mittel- und osteuropäische Länder haben und so das Exportwachstum und den Finanzsektor beeinträchtigen könnten. Obwohl die jüngsten Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalausstattung der Banken wirkungsvoll waren, könnten die Asset Quality Review und die Stresstests ergeben, dass bei den Banken zusätzlicher Kapitalbedarf besteht. Dies könnte zu einer Verkürzung der Bilanzsumme der Banken führen. Eine positivere Entwicklung wäre demgegenüber denkbar, wenn es infolge einer über Erwartungen kräftigen Erholung bei Österreichs Handelspartnern und einer rascheren Wiederherstellung des Vertrauens nach weiteren Fortschritten beim Aufbau der Bankenunion im Euroraum zu einer stärkeren Belebung der Exporte und der Binnennachfrage käme.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2014 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Niederlande", in *OECD Economic Outlook, Volume 2014 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-27-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.